

Wir würden ja gern, aber mehr ist nicht drin

Asylkompromiss Geas: „Ein Desaster“ und „Wir haben in Europa ein Rechtsstaatsproblem“, FR-Titel und Thema vom 10.6.

Wenn die Schafe mit den Wölfen heulen

Diesen fieseren Deal, der eine weitere Aushöhlung des Asylrechts bedeutet, als eine Reform zu bezeichnen, halte ich für zynisch. Das Ziel ist, Menschen in existenzieller Not und auf der Flucht mit möglichst rabiaten Mitteln abzuschrecken. Dabei wird das Recht, auf das sich alle so gerne beziehen, wenn es ihnen in den Kram passt, so gebeugt und nach eigenem Gutdünken zurechtgeschustert, dass auch Polen, Ungarn und Österreich zustimmen können. Das deutsche Anliegen, womöglich gut gemeint, Familien mit Kindern besser behandeln zu wollen, zeugt leider auch von einem schrägen Rechtsverständnis, denn alle Menschen sollten vor dem Gesetz gleich sein. Und diesen unmenschlichen Deal verkauft uns Innenministerin Faeser als historischen Erfolg. AfD-Wähler werden sich bedanken, natürlich nicht bei ihr oder ihrer Partei. Und nachher ist dann wieder die scheinheilige Verwunderung groß, wenn diese affektgeladene Bewegung, die sich Partei nennen darf, in Umfragen zulegt.

Die Grünen präsentieren mal wieder ihre Ambivalenz nach dem Motto: Wir würden ja gerne, aber mehr war nicht drin, weshalb wir jetzt als Schafe mit den Wölfen heulen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Mit Duldung des Innenministeriums

1993 einigten sich SPD und CDU auf den „Asylkompromiss“ zu Grundgesetzartikel 19a, der ein Paket von Durchlöcherungen des Menschenrechts auf Asyl gebracht hat und den Einstieg bedeutete für die Erosion, die nun nach 30 Jahren auf dem Höhepunkt ist. Unter Führung der sozialdemokratischen deutschen Innenministerin Faeser – „ein historisches Momentum“- und mit Blick auf

die kommenden Verhandlungen in Brüssel wurde das Ziel ausgegeben, die Asylverfahren an die Außengrenzen der EU oder gar in vorgelagerte Räume zu verlagern, um im Anschluss einen „solidarischen Ausgleich“ der Mitgliedsstaaten bei der Aufnahme der anerkannten Asylbewerber vorzunehmen. Schutzsuchende können nicht mehr innerhalb der einzelnen EU-Staaten ihren Antrag stellen. Stattdessen müssen sie unter der juristischen Konstruktion „Fiktion der Nichteinreise“ ihre Verfahren durchlaufen. Solch drastische Einschränkungen hatte vor fünf Jahren von den demokratischen Parteien nur die CSU gefordert.

Wenige Tage vor dem Flüchtlingsgipfel mit den Ländern mahnte der FDP-Generalsekretär Djir-Sarai, die „katastrophalen Fehler“ der Kanzlerin Merkel dürften sich nicht wiederholen, andernfalls würde die Akzeptanz der Menschen für Einwanderung schwinden. Als ob ein Menschenrecht außer Kraft gesetzt werden könnte angesichts des Murrens örtlicher Bevölkerungsgruppen, denen man nicht ausreichend erklärt hat, wie es in den Ländern aussieht, aus denen die Schutzsuchenden kommen. Die Hilfe hat man weitgehend Ehrenamtlichen aus der Zivilgesellschaft und NGOs überlassen. Als Blaupause für Abschreckung scheint nun das höllische Lager „Moria“ auf Lesbos zu fungieren, in dem Kinder weder Zugang zu medizinischer Versorgung noch zu Schulen hatten.

Wie in der Abwehr und Zurückschiebung (Pushbacks) von Asylsuchenden verfahren wird, kann man schon heute an den Grenzen zwischen Österreich und Bayern besichtigen. Mehr als 25 000 Personen wurde die Einreise verwehrt, mehr als 15 000 der Einreisenden wurden von der Bundespolizei umgehend und ohne Prüfung ihres Asylanspruchs zurückgeschickt (s. FR v. 30.5.). Das erste, was sie in

Deutschland erfahren haben, war ein Rechtsbruch. Gratulation! Sage niemand, das seien Einzelfälle oder die Taten rechtsextrimer einzelner Polizisten. Das war die Grenzpolizei, also Bundespolizisten, also die Anordnung des Innenministeriums.

Jörg Sternberg, Hanau

Forderungen aus dem Bürossessel

Ich bin der Ansicht, dass eine drastische Begrenzung der Flüchtlingszahlen geboten ist. Neben Flüchtlingen aus aller Welt hat Deutschland über eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine außerplanmäßig aufgenommen. Meine Frau und ich engagieren uns seit 2016 in der Flüchtlingshilfe. Sprachunterricht, persönliche Betreuung einer Flüchtlingsfamilie (Behördengänge; finanzielle Unterstützung). Wir wissen, wie schwer es für diese Personen ist, hier Fuß zu fassen. Leider müssen wir auch feststellen, dass viele Flüchtlinge sich nicht integrieren wollen; sie wollen möglichst ihre eigene Sprache sprechen und wollen ihre Kultur beibehalten; ja sie wollen uns ihre Kultur aufzwingen. Viele kommen nur sehr unregelmäßig zum Sprachunterricht. Es ist leicht, vom gemütlichen Bürossessel Forderungen zur Aufnahme aller Flüchtlinge zu stellen. Diese Personen sollten sich mal selbst engagieren.

Helmut Koch, Friedberg

Mal über den Tellerrand schauen

Die verbohrte grüne Jugend muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland nicht die „Tränen der Welt“ trocken kann. Der Staat soll und der Staat soll! Wo bleibt die eigene Opferbereitschaft, der Verzicht der „Wohlstandskinder“? Mal über den Tellerrand schauen!

Renate Schumacher, Frankfurt

Gefahrloses Falschparken

Zu: „Ein Fall für die Unfallkommission“, FR-Region vom 6. Juni

Zum „Falschparken“ wird man in Frankfurt geradezu ermuntert. Wenn Privatleute Falschparker (vor allem auf Fahrradwegen) anzeigen, besteht für diese Autofahrer meist keine Gefahr einer Strafverfolgung. Nur ein kleiner Teil der Anzeigen, die von Privatleuten eingereicht werden – obwohl diese überwiegend verwertbar sind –, wird weiterverfolgt. Der größere Teil nicht, weil hierfür das Personal fehlt. Eigentlich dachten wir, dass das Engagement der Bürger/innen befürwortet wird, doch das Gegenteil ist der Fall. Bürgerengagement ist nicht gefragt. Es ist ein Armutzeugnis für diese Stadt, wo man sich doch angeblich so bemüht, aus Frankfurt eine fahrradfreundliche Stadt zu machen. Rainer Petermichl, Frankfurt

Staatlich geprüft

Dieselskandal: „Bewährung für Stadler gefordert“, FR-Wirtschaft, 14.6.

Zum Betrug der Konsumenten gehören immer zwei. Einer der betrügt und einer der Betrug zulässt. Im Glauben an die Fähigkeiten des Bundesaufsichtsamtes, nur solche Typengenehmigungen zu erteilen, die den Ansprüchen der technischen Zulassungsbedingungen entsprechen, werden Waren gekauft, im Vertrauen auf ausreichende Prüfungen, die zu einer allgemeinen Zulassung unter besonderer Berücksichtigung eines gesetzmäßigen Gebrauchs führten.

Der Verdacht, dass manipulierte Software die Dieselflotte belastet, besteht seit 2012. Von da an musste unser Bundesaufsichtsamts energisch einschreiten und durfte Typenzulassungen nur dann erteilen, wenn die geltenden Bestimmungen insgesamt eingehalten wurden.

Nun scheint man den Betrüger zum Geständnis gebracht zu

haben, der erst seit Mitte Juli 2016 über 400 000 Dieselfahrzeuge mit Betrugssoftware verkaufte. Doch das Thema ist viel älter. Und da müsste doch auch beim Gesetzgeber die Frage nach denen gestellt werden, die diese Betrügereien jahrelang zuließen und damit die Käufer im Glauben an staatlich geprüfte Fahrzeuge zum Opfer werden ließen. Damit besteht die weitere Frage, ob das Bundesaufsichtsamts unfähig ist oder bestochen wurde.

Der Dieselskandal zeigt die Verbundenheit von Staat und Automobilwirtschaft. Der von beiden Betrogene ist der Rechtsstaatsgläubige, der den Mächtschaften wirtschaftlicher Verflechtungen hoffnungslos ausgeliefert ist. Unsere Regierung müsste in diesem Betrugskandal energisch eingreifen.

Wulf Schmiedeknecht, Bochum



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230613

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Gerd Koenen über sein Buch „Im Widerschein des Krieges – Nachdenken über Russland“, **Dienstag, 20. Juni, 19.30 Uhr Buchhandlung Weltenleser Oeder Weg 40, Frankfurt**

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Wachsende Armut in Hessen: Welche Lösungen hat die Politik?“ des Paritätischen Hessen. Mit Andreas Aust (Paritätische Forschungsstelle), Claudia Ravensburg (CDU), Marcus Bocklet (Grüne), Lisa Gnadl (SPD), Yan-ki Pürsün, (FDP), Christiane Böhm (Linke). Anmeldung unter www.paritaet-hessen.org **Mittwoch, 21. Juni, 17 Uhr**

Stephan Hebel referiert und diskutiert zum Thema „Die Rolle der (un)abhängigen öffentlichen Medien für Demokratie und Diskurs – nicht nur, aber auch in Zeiten des Krieges“. **Donnerstag, 29. Juni, 19 Uhr Kulturcafé Windrose, Strackgasse 6 Oberursel**

Mehr Appell an uns alle

Solingen: „Bevor Worte zu Taten werden“, FR-Thema vom 27. Mai

Ich las in der FR das Interview. Dabei ist ein Foto von der Gedenktafel am Maschendrahtzaun an der Stelle, wo das Haus der Familie Genç stand. Zwei Dinge stören mich daran:

Erstens: Wieso wird nicht eine ordentliche Gedenktafel aufgestellt? Diese sieht wie ein Baustellenschild aus „Betreten der Baustelle verboten. Eltern haften für ihre Kinder“. Und dann an einem Maschendrahtzaun! Billiger geht's kaum noch. Was ist unserer Gesellschaft das Gedenken wert? Eine ordentliche Stele – „in Stein gemeißelt“ – wäre sicherlich angemessen. Und wenn auf dem Grundstück irgendwann einmal etwas gebaut werden soll, kann man eine solche Stele wieder versetzen.

Zweitens: Auf der Tafel steht: „Wir werden dies nie vergessen können.“ Wer ist „Wir“? Ich finde, damit können sich die Täter*innen und Mitläufer*innen sehr gut von distanzieren. Damit haben sie nichts zu tun. Dieses Wir in Kombination mit der billigen Gestaltung lässt vermuten, dass das Wir nicht die Gesellschaft, sondern nur die Familie ist. Und das ist kein Appell, das ist nicht mehr wert als ein Schriftzug auf einem Friedhof.

Meiner Meinung nach muss das mit wesentlich mehr Appell an alle formuliert werden.

Astrid Urgatz, Aachen

Labile Gerechtigkeit

Tarifverhandlung: „EVG droht wieder mit Streiks“, FR-Wirtschaft vom 13.6.

Was hat die Bahngewerkschaft für ein Selbstverständnis? Lehnt das Angebot von acht bis zwölf Prozent ab und droht wieder einmal mit Warnstreik! Damit gefährdet sie die eh schon labil gewordene soziale Gerechtigkeit in der Republik. Es ist klar, dass jede Tarifierhöhung direkt von den Kunden der Bahn bezahlt werden muss. Aber weder die Rentner noch andere Tarifgruppen haben eine derartige Erhöhung bekommen, wie die Bahngewerkschaft sie jetzt ausgeschlagen hat. Dabei ist für mich eh die Frage, wie die immer weiter auseinander klaffende Schere bei den Gehältern allmählich wieder etwas kleiner werden könnte.

Exemplarisch empfehle ich, mal die Entwicklung bei Banken und Versicherungen, Metall, Piloten und Bahn zu beobachten und sie den sozialen Berufen und Rentnern gegenüberzustellen. Wie kann diese Schieflage je beseitigt werden, wenn einzelne Gewerkschaften aus blankem Egoismus das Sozialwohl übergehen?

Das abgelehnte Angebot der Bahn würde ich zurückziehen. Rainer Prosik, Hattenhofen